

**Frank Bettinger**

## **Sozialpolitik und Soziale Arbeit**

Ende der 1970 Jahre schrieb Helga Marburger in einem Vorwort zu ihrem Klassiker *Entwicklung und Konzepte der Sozialpädagogik*: „Wer heute von Sozialpädagogik spricht, kann nicht erwarten, dass sein Gegenüber auch dasselbe darunter versteht wie er. Denn sowohl in der Alltagssprache als auch in der Fachliteratur wird dieser Begriff sehr unterschiedlich und vieldeutig gebraucht.“ (Marburger 1979: 7) Eine Diagnose, an deren Richtigkeit – bezogen auf die Soziale Arbeit - auch 30 Jahre später nicht zu zweifeln ist, und die in gleichem Maße auch für „Sozialpolitik“ gilt; denn weder für den Begriff „Sozialpolitik“, noch für den der „Sozialen Arbeit“ lassen sich in den disziplinären Diskursen allgemein akzeptierte Definitionen ausmachen. - Wird in einem eher engen Verständnis von „Sozialpolitik“ lediglich auf die staatlichen Sozialleistungen des Systems sozialer Sicherung fokussiert und Sozialpolitik im Wesentlichen auf Staatstätigkeit reduziert, so gehen weiter reichende Definitionen davon aus, dass sich sozialpolitische Maßnahmen tendenziell auf alle Politikbereiche erstrecken oder dass Sozialpolitik sogar darüber hinaus als Interventionsform zur sozialen Absicherung sowie zur Gestaltung von Lebensbedingungen und Partizipationschancen zwischen gesellschaftlichen Gruppen zu verstehen ist (vgl. Bleses/Seeleib-Kaiser 2001: 1763f.).

Stellt Sozialpolitik in ihrer historischen Entwicklung eine - immer auch steuernde, kontrollierende und disziplinierende - gesellschaftliche Reaktion auf die fundamentale Verunsicherung der menschlichen Existenz in Folge von Industrialisierung und Durchkapitalisierung der europäischen Gesellschaften dar (vgl. Lessenich 2008: 55/56), so war und ist Soziale Arbeit seit jeher ihr konstitutiver Bestandteil. Allerdings gilt auch in diesem Zusammenhang, dass das Verhältnis beider zueinander, d.h. das Verhältnis von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit keinesfalls als geklärt gelten kann. Neben eher seltenen Einschätzungen, wonach eine einseitige Abhängigkeit Sozialer Arbeit von Sozialpolitik nicht unterstellt werden könne, vielmehr davon ausgegangen werden müsse, dass Sozialpolitik in gewisser Hinsicht von Sozialer Arbeit abhängt und profitiert (Olk 2008: 290), dominieren Einschätzungen, die Soziale Arbeit nicht nur als der Teil von Sozialpolitik sehen (Seelmeyer 2008: 299), sondern unterstellen, dass Soziale Arbeit in hohem Maße staats- und politikabhängig (Schaarschuch 2003) oder Instrument der Sozialpolitik (Dahme/Wohlfahrt 2005) ist. Kritisiert wird in diesem Kontext vollkommen zu Recht, dass Soziale Arbeit regelmäßig diese sozialpolitische Vereinnahmung, bzw. grundsätzlicher: ihr Verhältnis zum (Sozial-)Politik-Bereich nicht nur nicht thematisiert und reflektiert, sondern erst gar nicht zur Kenntnis nimmt; eine Einstellung, die der Einsicht im Wege steht, „Soziale Arbeit als staatlich reguliert und reglementiert zu erkennen“ (Dahme/Trube/Wohlfahrt 2008: 270).

Die (sozial)politische Regulierung und herrschaftliche Formung sozialer Beziehungen ist aber das, worum es im modernen Sozialstaat geht (vgl. Lessenich 2008) und woran Soziale Arbeit maßgeblich beteiligt ist. Ein Sachverhalt, mit dem wir uns im weiteren Verlauf eingehender beschäftigen wollen, dies mit Blick auf einen seit den 1970er Jahren zu konstatierenden Wandel des wohlfahrtsstaatlichen Arrangements, der – Dank der Implementierung aktivierender und kriminalisierender Programmatiken - einhergeht mit der Etablierung einer neuen politischen Ordnung des Sozialen.

## **Vom sozialstaatlich-integrativen zum marktliberal-sicherheitsstaatlichen Gesellschaftstypus**

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der „Wohlfahrtsstaat“ in den westlichen Industriegesellschaften zum Garanten sozialer Rechte auf öffentliche bzw. öffentlich vermittelte Einkom-

mens- und Dienstleistungen (vgl. Lessenich 2008: 15). Voraussetzung war allerdings eine historisch spezifische Gesellschaftsformation der kapitalistischen Entwicklung, die bis in die 1970er Jahre hinein der dominierende Typus politisch-ökonomischer Regulierung und Herrschaft sein sollte. „Das zentrale integrierende Moment dieser fordistisch-keynesianischen Gesellschaftsformation bildete dabei ein sozialpartnerschaftlicher, „korporativ institutionalisierter Klassenkompromiss“ (Hirsch), der von einer Trias aus Staat, Unternehmen und Gewerkschaften als den maßgeblichen gesellschaftlichen und politischen Kräften und Akteuren getragen und ausgehandelt wurde. Ziel der konsensuell hergestellten Ausbalancierung von politischer und wirtschaftlicher Macht war es, den Klassenkonflikt und die mit der kapitalistischen Entwicklungsdynamik einhergehenden Krisentendenzen und Widersprüche (sozial-)politisch einzuhegen und still zu stellen und damit eine relative Stabilität der Klassenverhältnisse und der Verwertungsbedingungen des Kapitals zu gewährleisten.“ (Anhorn 2008: 14) So kam es einerseits im Rahmen des Ausbaus des Sozialstaats zu einer Erweiterung und Ausdifferenzierung der bürokratisch-administrativen Apparate der sozialen Sicherung und in diesem Zusammenhang auch zu einer sukzessiven Expansion der Arbeitsfelder aber auch einer Professionalisierung Sozialer Arbeit; andererseits gingen mit den sozialstaatlichen Intentionen zur Egalisierung und Standardisierung der Lebensverhältnisse ein sicherheitsstaatlicher Kontroll- und Repressionsapparat einher, mit dem Normalisierungs- und Anpassungsleistungen erbracht wurden, die auf die Durchsetzung der verbindlichen Vorgaben einer „sozialstaatlichen“ Normalbiographie, d.h. insbesondere eines Normal(lohn)arbeitsverhaltens zielten (vgl. Anhorn/Bettinger 2002: 227).

Die wohlfahrtsstaatliche Regulationsweise geriet jedoch ab Mitte der 1970er Jahre mehr und mehr in Konflikt mit den Profitinteressen des Kapitals, wobei die sich anschließende neoliberale Transformation nahezu aller gesellschaftlichen Bereiche als Reaktion auf die Krise, als ein politisch bewusst herbeigeführter Prozess gedeutet werden muss, in dessen Verlauf das bisherige Sozialstaatsmodell – zunehmend als „versorgend“ diskreditiert – in Frage gestellt und letztlich bekämpft wurde; denn der Staat sowie insbesondere die sozialstaatlichen Sicherungs- und Versorgungsstrukturen stellt/e aus neoliberaler Sicht in der globalisierten Standortkonkurrenz der Einzelstaaten und Regionen einen kostspieligen Wettbewerbsnachteil dar. Konsequenterweise ziel(t)en neoliberale Strategien der Krisenbewältigung zum Einen auf eine umfassende Verbesserung und Erweiterung der Verwertungsbedingungen des Kapitals zur Überwindung der Profitkrise, zum Anderen wurden und werden staatliche Interventionen ökonomischen Imperativen untergeordnet und wird Sozialpolitik – wie wir noch sehen werden – zunehmend Teil der Wirtschaftspolitik, insofern sich ihre Funktionalität nach ihrem Beitrag zur gesamtstaatlichen, regionalen oder lokalen Standortsicherung und Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit bemisst. So etablierte sich ein neuer Typus von Gesellschaft, der sich bis heute durch ein neues Maß und eine neue Qualität an Ungleichheitsverhältnissen und Ausschließungsprozessen auszeichnet; ein Typus von Gesellschaft, in dem einerseits unsichere, prekäre Beschäftigungs- und Lebensverhältnisse, zunehmende Armut und (Dauer-)Arbeitslosigkeit, gravierende und zunehmende soziale Ungleichheiten und ökonomische Disparitäten zu einem strukturell notwendigen Bestandteil der ökonomisch-sozialen Restrukturierung erklärt, und dabei weniger unter Gesichtspunkten der sozialen Gerechtigkeit, sondern vielmehr – worauf ebenfalls noch einzugehen sein wird – als einer möglichen Bedrohung der sozialen Ordnung und inneren Sicherheit thematisiert werden (vgl. Anhorn/Bettinger 2002: 232)

### **Vom „versorgenden“ zum „aktivierenden“ Sozialstaat**

Im Kontext dieser ökonomisch-sozialen Restrukturierung und der mit dieser einhergehenden Neuausrichtung von Wirtschafts- und Sozialpolitik hat sich unter dem Label „Aktivierender

(Sozial-)Staat“ ein neuartiger, bei oberflächlicher Betrachtung unverfänglicher Komplex (sozial-)staatlicher Handlungsorientierung herausgebildet, der sich nahtlos in eine Politik des Sozialstaatsabbaus einfügt. Termini wie *Flexibilität*, *Aktivität*, *Prävention* und *Investition* werden – als trojanische Pferde - im Rahmen dieses sozial- und gesellschaftspolitischen Konzeptes zu normativen Bezugspunkten gesellschaftlicher und sozialpädagogischer Praxis. An die Stelle der bisherigen Gewährleistung umfassender sozialer Rechte und des Bemühens um Abmilderung sozialer Ungleichheiten tritt nun ein neuer Typ von sozialpolitischen Strategien und Konzepten zur Förderung wirtschaftlichen Wachstums durch (Re-)Aktivierung der produktiven Potenziale unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen (vgl. Olk 2009: 23) Allerdings würde die Bedeutung dieser Entwicklungen mit der ausschließlichen Beschreibung dieser neuen Konzepte bzw. Strategien vollkommen unzureichend erfasst. Daher wird im weiteren Verlauf der vorliegenden Überlegungen im wesentlichen den Analysen Lessenichs gefolgt, der im Zusammenhang der ökonomisch-sozialen Restrukturierung und der damit einhergehenden Konstituierung eines Aktivierenden (Sozial-)Staates von einer neuen politischen Rationalität bzw. von einem - in Anlehnung an Michel Foucault – neuen Regierungsmodus spricht, dessen Ziel eben nicht einfach nur die Implementierung neuer sozialpolitischer Programme ist, sondern diese sozialpolitischen Programme vielmehr als Mittel zur sozialpolitische Konstruktion doppelt verantwortungsbewusster, „ökonomischer“ und „moralischer“ Subjekte nutzt: verantwortungsbewusst sich selbst, wie auch der Gesellschaft gegenüber (vgl. Lessenich 2003: 86; Lessenich 2008: 82) „Regierung“ meint in diesem Zusammenhang einerseits die „Anleitung von Verhaltensweisen“ und umfasst sowohl die Fremdführung als „Regierung der anderen“ sowie die Selbstführung als „Regierung des Selbst“; andererseits meint „Regierung“ eine (diskursive) Form der gedanklichen und kommunikativen Strukturierung von Realität als Bedingung der Anwendung von Führungstechniken. „Führung durch Selbstführung“ heißt demzufolge die neue politische Rationalität im Aktivierenden Sozialstaat: „Anleitung zur Selbststeuerung, „Führung durch Selbstführung“ bzw. – in vollendeter Form – „Regierung durch Selbstführung“ heißt nichts anderes, als dass die Subjekte frei sind, so zu handeln, wie es der liberalen Rationalität entspricht. (...) Entsprechend hilft der liberale Sozialstaat zur Selbsthilfe, aktiviert der neoliberale Sozialstaat zur Eigenaktivität (Lessenich 2008: 83)

Dass diese neue politische Rationalität ganz überwiegend mit der Arbeitsmarktpolitik assoziiert wird, darf nicht darüber hinweg täuschen, dass es sich hierbei um eine Programmatik handelt, die nicht auf einige wenige, sondern auf alle Subjekte und auf das Soziale zielt. Den Menschen soll die Chance einer eigenständigen, produktiven sozialen Existenz eröffnet werden. „Sie sollen, der Programmatik einer neuen Politik des Sozialen entsprechend, nicht sich selbst überlassen, sondern sozialpolitisch in die Lage versetzt werden, sich und ihr (Human-)Kapital in gesellschaftlich produktiver Weise einzusetzen“ (Lessenich 2008: 98), um ihre eigene Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität (wieder) herzustellen. Dabei provoziert gerade die sozialpolitische Aktivierung erwerbsfähiger Arbeitsloser als *eine* Facette im Kontext der Institutionalisierung einer „neuen gesellschaftlichen Erwartungshaltung“ ausgerechnet in einer Phase der „Beschäftigungskrise, wo Millionen Arbeitsplätze und eben nicht: Arbeitswillige fehlen“ (Butterwegge) die Frage, was und wem es nützt, einzelne Arbeitslose zu aktivieren und zu drangsaliieren, wenn doch zugleich die entwickelte Gesellschaft durch ihren hohen Produktivitätsfortschritt kaum noch der Tätigkeit der Deklassierten mehr bedarf? (vgl. Dahme/Trube/Wohlfahrt: 273) Und: ist es nicht so, dass die neue politische Programmatik letztendlich nichts anderes bedeutet, als dass der Staat die Gestaltung struktureller Verhältnisse aufgibt zugunsten der Verhaltensbeeinflussung einzelner? (Böllert), und: ist es nicht so, dass sich der Staat dabei des [perfiden] Mottos „Fördern und Fordern“ bedient, um Erwerbslosigkeit und Armut zu Problemen der Individuen, ihrer Charakterschwäche und fehlenden Leistungsbereitschaft umzudeuten? (Butterwegge).

So wird – ohne dass die Fragen an dieser Stelle umfassend beantwortet werden müssten – deutlich, dass mit der Transformation des keynesianischen Wohlfahrtsstaates und der mit dieser einhergehenden Etablierung eines neuen Regierungsmodus mehr intendiert sein dürfte, als „nur“ der Umbau des Sozialstaates bzw. „nur“ die Implementierung neuer sozialpolitischer Strategien und Konzepte. Vielmehr handelt es sich „um einen tiefgreifenden Wandel in den sozialstaatlichen Praktiken gesellschaftlicher Relationierung, eine politische Rekonfiguration sozialer Akteursbeziehungen“ (Lessenich 2008: 39). Es geht dabei um nicht weniger, als um eine neue diskursiv hergestellte Wissensordnung, um eine politische Ordnung des Sozialen, um ein alle Subjekte betreffendes sozialpolitisches Subjektivierungsprogramm, in dem die Subjektivität der Individuen konsequent sozialisiert wird, und das auf die Transformation der Bürgerinnen und Bürger, ihrer (unser aller!) Verhaltensweisen und Denkweisen zielt (vgl. Lessenich 2008: 122ff.), und in das Soziale Arbeit zutiefst involviert ist.

Allerdings würde es zu kurz greifen ausschließlich von einer sozialpolitischen Indienstnahme Sozialer Arbeit oder von einer Instrumentalisierung Sozialer Arbeit durch Sozialpolitik auszugehen. Theorie- und Konzeptionslosigkeit, ein kaum identifizierbarer Gegenstandsbezug, regelmäßig zu konstatierende Politisierungsresistenz und in der Konsequenz die Empfänglichkeit für Aufgaben- und Funktionszuweisungen durch andere Disziplinen oder durch (Sozial-)Politik: *das* sind die wesentlichen Bedingungen, die zu einer Indienstnahme und strategische Neujustierung Sozialer Arbeit führen, an der Sozialarbeiter und Sozialpädagoginnen als aktivierte und aktivierende Akteure maßgeblich beteiligt sind. So degeneriert Soziale Arbeit zur aktivierungspädagogischen Akteurin im Prozess der Deregulierung und Flexibilisierung (Kessl/Otto 2008), zum aktivierungspädagogischen Transformationsriemen neo-sozialer Anforderungen (Kessl 2005: 32), zur Reglementierungs- und Regierungstechnik, die ihre Adressaten zur Selbstverantwortung und Selbststeuerung verpflichtet (Dahme/Trube/Wohlfahrt 2008: 273) und wird somit Objekt und Subjekt einer neuen politischen Ordnung des Sozialen, in der es im wesentlichen um wirtschaftliches Wachstum in einer globalisierten Ökonomie und nicht um die Bedürfnisse der Menschen geht.

Und wehe denjenigen, die durch die aktivierenden, präventiven, investiven Programme nicht erreicht werden, die nicht kooperieren, die nicht „gemeinwohlkompatibel“ handeln und sich der neuen Wissensordnung verweigern. Im Kontext des neuen Regierungsprogramms „muss jeder Akt unterlassener Hilfeleistung der Individuen gegenüber sich selbst als nicht nur irrational, sondern zudem noch unmoralisches Verhalten erscheinen, gilt jedes Anzeichen fehlender oder mangelnder Aktivitätsbereitschaft nicht bloß als unwirtschaftlich, sondern als asozial – als Ausweis individueller Unfähigkeit oder persönlichen Unwillens, von den gesellschaftlich gebotenen Handlungsspielräumen ökonomisch sinnvollen und sozial verantwortungsbewussten Gebrauch zu machen“ (Lessenich 2008: 83). Gegen diese Unwilligen und/oder Unfähigen, gegen diejenigen, die sich resistent zeigen gegenüber den sozialpolitischen und sozialpädagogischen Aktivierungs- und Programmierungsinitiativen, gegen die Uneinsichtigen und Unbeugsamen, die durch ihr Verhalten der Gesellschaft Risiken auferlegen und so zu einer Gefahr des Sozialen werden, wird sich eben diese Gesellschaft zu wehren wissen.

### **Kriminalisierung und soziale Ausschließung**

Mit der Entwicklung dieses neuen Typus von Gesellschaft, dieser neuen politischen Ordnung des Sozialen ging/geht ein neues Maß und eine neue Qualität an Ungleichheitsverhältnissen und Ausschließungsprozessen sowie neue Formen einer hochgradig selektiven Integration einher. Eine Entwicklung, die unbedingt im Zusammenhang mit den skizzierten fundamentalen gesellschaftlichen Veränderungen zu begreifen ist, und die nicht nur bis zum heutigen

Tage zu konstatieren sind, sondern deren Ausweitung noch zu befürchten steht. Dies ist zu bedenken vor dem Hintergrund der Zuspitzung der weltweiten Krise des Kapitalismus (im hegemonialen Diskurs als „Wirtschaftskrise“ und „Finanzkrise“ beinahe verniedlichend codiert), die eine quantitative Zunahme der „Überflüssigen“-Population und eine Potenzierung menschlichen Leids prognostizieren lassen (vgl. Bettinger 2009)

In diesem neuen Typus von Gesellschaft gewinnen Ausgrenzungs- und Ausschließungsprozesse an Bedeutung: so zeigen „die Erzeugung einer überschüssigen Bevölkerung durch Produktionsweise und Arbeitsmarkt, offen gewalttätig ausgetragene Konflikte um Zugehörigkeit sowie Feindbild-Kampagnen gegen Fremde, Arme, Abweichende, dass ‚Vergesellschaftung‘ eine veränderte Bedeutung erhalten hat“ (vgl. Cremer-Schäfer/Steinert 1997: 244). Wacquant hat diese Entwicklung frühzeitig für die USA konstatiert, jedoch gilt sie mittlerweile für die meisten europäischen Staaten, in denen sich ein „liberal-paternalistisches System“ etablieren konnte: „Die ‚unsichtbare Hand‘ des Marktes für unsichere Arbeitsverhältnisse findet ihre institutionelle Entsprechung in der ‚eisernen Hand‘ des Staates, der bereitsteht, die Unruhen, die aus der zunehmenden Verbreitung sozialer Unsicherheit resultieren, unter Kontrolle zu halten. (...) Wobei das wachsende Interesse, die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten und mehr und mehr Mittel dafür bereitzustellen, wie gerufen (kommt), um das Legitimationsdefizit zu kompensieren, unter dem die politisch Verantwortlichen leiden, weil der Staat seinen Aufgaben im Bereich der Wirtschaft und der Sozialpolitik nicht mehr nachkommt“ (Wacquant 2008: 214; vgl. Wacquant 2000). Diese Verlagerung in Richtung Ordnung, Kriminalisierung und Strafe beginnt mit und wird deutlich in den Dramatisierungsdiskursen über die vermeintliche Zunahme von (Jugend-)Gewalt, über (Jugend-/Ausländer-)Kriminalität oder über „gefährliche Klassen“, die sich aus den Populationen der Armen, Arbeitslosen und Bildungsbenachteiligten rekrutieren, die sich nicht nur als aktivierungsresistent, sondern zunehmend als Gefahr für die Gesellschaft erweisen.. Es handelt sich dabei um Diskurse, die als Teil bzw. Konsequenz neoliberaler Ideologie dechiffriert werden können, mit dem Ziel der Ausschließung „überflüssiger“, „aktivierungsresistenter“ (weil: unfähiger und unwilliger) Populationen und mit der Konsequenz, dass die Betroffenen zu „Bürgern zweiter Klasse (gemacht werden); man unterwirft sie einer permanenten, aktiven und genauen Kontrolle durch die staatlichen Behörden und verdächtigt sie von vornherein einer moralischen – wenn nicht sogar strafrechtlichen – Abweichung. Man sieht, wie paradox – und wie skandalös – eine Politik ist, die die armen, in den sogenannten Problemvierteln „geparkten“ Leute bestraft und gleichzeitig von demokratischen Werten und von der Gleichheit der Bürger spricht“ (Wacquant 2008: 221; vgl. Bettinger 2009; Bettinger/Stehr 2009).

Der staatliche Zwangs- und Kontrollapparat fokussiert dabei selektiv vor allem auf diejenigen Populationen, die nicht dem Anforderungsprofil eines aktivierten, selbstdisziplinierten, flexiblen, mobilen Subjekts entsprechen, wobei mit Diffamierungskampagnen einhergehenden Kriminalisierungsprozessen eine nicht unerhebliche Bedeutung zukommt, in deren Verlauf diskursiv kriminologisch-kriminalpolitische Kategorien („Ausländerkriminalität“, „Jugendgewalt“, „Jugendkriminalität“) generiert werden, die sich durchaus als funktional im Hinblick auf die intendierte Zementierung hermetischer Grenzmarkierungen und damit der Ausschließung spezifischer, als besonders gefährlich oder zumindest abweichend und/oder problematisch bezeichneter Gruppen der Gesellschaft erweisen (vgl. Stehr 2008: 319f.; vgl. Anhorn 2008: 23/24).

Bei diesen Diffamierungs- und Kriminalisierungskampagnen spielt ein regelmäßig konstruierter und auch von der Sozialen Arbeit gerne unterstellter „Zusammenhang“ eine unrühmliche Rolle: der zwischen „Kriminalität“ und Unterprivilegierung bzw. insbesondere Armut. Einerseits erscheinen Armut und Arbeitslosigkeit in der (nach wie vor hegemonialen) neoliberalen Weltanschauung und somit auch im politischen und öffentlichen Diskurs nicht als gesellschaftliches oder strukturbedingtes Problem, sondern als selbstverschuldetes Schicksal, das im Grunde eine gerechte Strafe für Leistungsverweigerung oder die Unfähigkeit darstellt, sich bzw. seine

Arbeitskraft auf dem Markt mit ausreichendem Erlös zu verkaufen (vgl. Butterwegge 2001: 78). Andererseits erweist sich „Kriminalität“ als eine auf soziale Ausschließung gerichtete Kategorie, mit der sich die Diskreditierung und Ausgrenzung von Unterprivilegierten, Arbeitslosen und Armen vorbehaltlos legitimieren lässt (vgl. Anhorn/Bettinger 2002: 241). „Während Armut, Arbeitslosigkeit und soziale Unterprivilegierung Formen der sozialen Ausschließung darstellen, die sich aufgrund der anonymen und a-moralischen Sachlogik des Marktgeschehens quasi naturwüchsig herstellen und die davon Betroffenen als zwar bedauerliche, letztlich aber selbstverantwortliche 'Opfer' ihres 'persönlichen' Mangels an marktgängigen' Merkmalen und Fähigkeiten erscheinen lassen, erweitern sich in der Kombination mit der Kategorie 'Kriminalität' die Spielräume einer *moralisierenden* und *personalisierenden* Skandalisierung von sozialen Zuständen und Verhaltensweisen“ (vgl. Cremer-Schäfer/Steinert 1997: 86). Solche „Zeremonien moralischer Degradierung“ sind Voraussetzung dafür, bestimmten Populationen Zugehörigkeit und Partizipation zu verweigern oder zu entziehen (vgl. Cremer-Schäfer 2002: 145). So bietet sich die Gelegenheit, die ausschließenden Zumutungen und für viele Menschen unerträglichen Konsequenzen neoliberaler Ideologie und Produktionsweise zu verschleiern, indem auf das Scheitern „defizitärer“ (mangelhaft integrierter, qualifizierter, motivierter, gebildeter, flexibler, mobiler) und folglich nicht aktivierbarer Subjekte und Gruppen hingewiesen wird, die nicht nur nicht gewillt zu sein scheinen, sich den gesellschaftlichen Anforderungen zu stellen, sondern zudem das Gemeinwesen durch einen Hang zur Abweichung belasten.

### **Ausblick**

Es zeigt sich, dass sowohl die neuen sozialpolitischen Programme, als auch die Kriminalisierung unterprivilegierten Populationen als Teil der ökonomisch-sozialen Restrukturierung der Gesellschaft und der mit dieser einhergehenden Neuausrichtung von Wirtschafts-, Sozial- aber auch Kriminalpolitik gelesen werden müssen. Lessenich weist in diesem Zusammenhang zu Recht auf einen erkenntnistheoretischen Sachverhalt hin, der m. E. nicht nur im Rahmen sozialkonstruktivistischer Analysen von Sozialpolitik, sondern als Bedingung sozialpädagogischer Praxis von Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen unbedingt in Rechnung zu stellen ist, nämlich „dass die Macheffekte des Ideellen schon viel früher im Zyklus gesellschaftlicher Politikproduktion einsetzen: in Form und Gestalt nämlich einer Politik des Wissens, einer Regierungskunst des Denk- und des Sagbaren (Landwehr). „Sozialpolitik“ ist immer auch ein sozialer Prozess der wissensvermittelten Herstellung sozialer Realitäten, der diskursiven Konstruktion gesellschaftlich akzeptierter „Wahrheiten“ (Lessenich 2008: 54). So werden die Wissensbestände sämtlicher Politikfelder, also auch der Wirtschafts-, Sozial- und Kriminalpolitik diskursiv hergestellt und finden so nicht nur als „Selbstverständlichkeiten“ Eingang in das gesellschaftliche Selbstverständnis, sondern werden von den gesellschaftlichen Akteuren – indem sie sich in diese Wissensordnungen einfügen und ihre Deutungen und ihr Handeln daran orientieren – reproduziert.

Aber gerade dieses strukturelle Moment der Beteiligung der Subjekte an der (Re-)Produktion sozialer Ordnungen eröffnet eben auch Möglichkeitsräume gesellschaftlicher Veränderung: „Wenn sie (die neosoziale Ordnung) noch aufzuhalten ist, dann folgerichtig nur durch die kulturelle Widerständigkeit der gesellschaftlichen Subjekte, nur durch diese (also uns) selbst“ (Lessenich 2008: 117). Aufgefordert sind somit auch und insbesondere Sozialpädagogen und Sozialarbeiterinnen Diskurse als herrschaftslegitimierende Techniken der Wirklichkeitsproduktion und somit von gesellschaftlichen Ordnungen in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft zu erkennen und zu analysieren und in die Arenen einzutreten, in denen um die Durchsetzung von Wirklichkeit gekämpft wird, denn „die erste Front ist die Ebene der Worte und Diskurse. Hier muss man die semantischen Tendenzen bremsen, die den Raum für Debatten schrumpfen lassen, zum Beispiel indem der Begriff Unsicherheit auf physische oder

kriminelle Unsicherheit begrenzt und über soziale und wirtschaftliche Unsicherheit nicht gesprochen wird“ (Wacquant 2008: 223). Nur so ist es möglich, Macht-, Herrschafts- und Ungleichheitsverhältnisse sowie die Strategien und Prozesse, die diese Verhältnisse kontinuierlich reproduzieren, zu thematisieren und zu skandalisieren. Und nur so wird es Sozialer Arbeit gelingen sein, als politische Akteurin an der (politischen) Gestaltung des Sozialen mitzuwirken sowie Einmischung in Politik und Mitwirkung an der Gestaltung des Sozialen den Bürgern und Bürgerinnen zu ermöglichen (vgl. Bettinger 2008).

## Literatur

- Anhorn, R. (2008):* Zur Einleitung: Warum sozialer Ausschluss für Theorie und Praxis Sozialer Arbeit zum Thema werden muss, in: Anhorn, R./Bettinger, F./Stehr, J. (Hg.), Sozialer Ausschluss und Soziale Arbeit, S. 13-48.
- Anhorn, R./Bettinger, F. (Hg.) (2002):* Kritische Kriminologie und Soziale Arbeit. Impulse für professionelles Selbstverständnis und kritisch-reflexive Handlungskompetenz, Weinheim und München.
- Anhorn, R./Bettinger, F./Stehr, J. (Hg.) (2007):* Foucaults Machtanalytik und Soziale Arbeit. Eine kritische Einführung und Bestandsaufnahme, Wiesbaden.
- Anhorn, R./Bettinger, F./Stehr, J. (Hg.) (2008):* Sozialer Ausschluss und Soziale Arbeit. Positionsbestimmungen einer kritischen Theorie und Praxis Sozialer Arbeit, 2., überarbeitete und erweiterte Auflage, Wiesbaden.
- Bettinger, F. (2007):* Diskurse – Konstitutionsbedingung des Sozialen, in: Anhorn, R./Bettinger, F./Stehr, J. (Hg.), Foucaults Machtanalytik und Soziale Arbeit, S. 75-90.
- Bettinger, F. (2008):* Auftrag und Mandat, in: Bakic, J./Diebäcker, M./Hammer, E. (Hg.), Aktuelle Leitbegriffe der Sozialen Arbeit. Ein kritisches Handbuch, S. 25-39.
- Bettinger, F. (2009):* Kriminalisierung und Soziale Ausschließung, in: Dollinger, B./Schmidt-Semisch, H. (Hg.), Handbuch Jugendkriminalität, Wiesbaden (im Erscheinen).
- Bettinger, F./Stehr, J. (2009):* Zur neuen Kultur der Kontrolle in Städten. Soziale Arbeit als Akteurin lokaler Sicherheits- und Ordnungspolitiken, in: Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe (im Erscheinen).
- Bleses, P./Seeleib-Kaiser, M. (2001):* Sozialpolitik, in: Otto, H.-U./Thiersch, H. (Hg.), Handbuch Sozialarbeit/Sozialpädagogik, S. 1763-1773, Neuwied und Kriftel.
- Butterwegge, Ch. (2001):* Wohlfahrtsstaat im Wandel. Probleme und Perspektiven der Sozialpolitik, Opladen.
- Cremer-Schäfer, H. (1998):* Kriminalität und soziale Ungleichheit. Über die Funktion von Ideologie bei der Arbeit der Kategorisierung und Klassifikation von Menschen, in: Frehsee, D./Löschper, G./Smaus, G. (Hg.), Konstruktion der Wirklichkeit durch Kriminalität und Strafe, Reihe: Interdisziplinäre Studien zu Recht und Staat, Bd. 5, S.68-100, Baden-Baden.
- Cremer-Schäfer, H. (2002):* Formen sozialer Ausschließung. Über den Zusammenhang von „Armut“ und „Kriminalisierung“, in: Anhorn, R./Bettinger, F., Kritische Kriminologie und Soziale Arbeit, S. 125-146.
- Cremer-Schäfer, H./Steinert, H. (1997):* Die Institution „Verbrechen und Strafe“, Über die sozialkulturellen Bedingungen von sozialer Kontrolle und sozialer Ausschließung, in: Kriminologisches Journal, Heft 4, S.243-255.
- Dahme, H.-J./Wohlfahrt, N. (2005)(Hg.):* Aktivierende Soziale Arbeit. Theorie – Handlungsfelder – Praxis, Baltmannsweiler.
- Dahme, H.-J./Trube, A./Wohlfahrt, N. (2008):* Soziale Arbeit für den aktivierenden Staat, in: Bielefelder Arbeitsgruppe 8 (Hg.), Soziale Arbeit in Gesellschaft, S. 268-275, Wiesbaden.

- Kessl, F. (2005):* Soziale Arbeit als aktivierungspädagogischer Transformationsriemen, in: Dahme, H.-J./Wohlfahrt, N. (Hg.), *Aktivierende Soziale Arbeit. Theorie – Handlungsfelder – Praxis*, S. 30-43.
- Kessl, F./Otto, H.-U. (Hg.) (2009):* Soziale Arbeit ohne Wohlfahrtsstaat? – Zeitdiagnosen, Problematisierungen und Perspektiven, Weinheim und München.
- Landwehr, A. (2001):* Geschichte des Sagbaren. Einführung in die historische Diskursanalyse, Tübingen.
- Lessenich, St. (2003):* Soziale Subjektivität. Die neue Regierung der Gesellschaft, in: *Mittelweg* 36, Heft 4, S. 80-93.
- Lessenich, St. (2005):* „Activation without Work“. Das neue Dilemma des „konservativen“ Wohlfahrtsstaats, in: Dahme, H.-J./Wohlfahrt, N. (Hg.), *Aktivierende Soziale Arbeit. Theorie – Handlungsfelder – Praxis*, S. 21-29.
- Lessenich, St. (2008):* Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus, Bielefeld.
- Marburger, H. (1979):* Entwicklung und Konzepte der Sozialpädagogik, Weinheim und München.
- Olk, Th. (2008):* Soziale Arbeit und Sozialpolitik – Notizen zu einem ambivalenten Verhältnis, in: Bielefelder Arbeitsgruppe 8 (Hg.), *Soziale Arbeit in Gesellschaft*, S. 287-298, Wiesbaden.
- Olk, Th. (2009):* Transformationen im deutschen Sozialstaatsmodell. Der „Sozialinvestitionsstaat“ und seine Auswirkungen auf die Soziale Arbeit, in: Kessl, F./Otto, H.-U. (Hg.), *Soziale Arbeit ohne Wohlfahrtsstaat? Zeitdiagnosen, Problematisierungen und Perspektiven*, S. 23-35.
- Seelmeyer, U. (2008):* Normalität und Normativität. Bezugspunkte Sozialer Arbeit im Strudel wohlfahrtsstaatlicher Transformation, in: Bielefelder Arbeitsgruppe 8 (Hg.), *Soziale Arbeit in Gesellschaft*, S. 299-305, Wiesbaden
- Stehr, J. (2008):* Soziale Ausschließung durch Kriminalisierung: Anforderungen an eine kritische Soziale Arbeit, in: Anhorn, R./Bettinger, F./Stehr, J. *Sozialer Ausschluss und Soziale Arbeit*, 2. Aufl., S. 319-332
- Wacquant, L (2000):* Elend hinter Gittern, Konstanz.
- Wacquant, L. (2001):* Die Verlockungen des Strafrechts in Europa, in: Bourdieu, P. (Hg.), *Der Lohn der Angst. Flexibilisierung und Kriminalisierung in der „neuen Arbeitsgesellschaft“*, S. 119-125, Konstanz.
- Wacquant, L. (2008):* Armut als Delikt. Ein Gespräch mit Loic Wacquant, in: Bude, H./Willisch, A. (Hg.), *Exklusion. Die Debatte über die „Überflüssigen“*, S. 213-224, Frankfurt.